

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Dr. Joachim Bischoff, Kersten Artus,
Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/1591

**Betr.: Stellt der Bund Hamburg aufs Abstellgleis? – Verkehrsprojekte im
Investitionsprogramm halten!**

Die verfehlte Hamburger Verkehrspolitik, die seit Jahren beziehungsweise Jahrzehnten auf den Ausbau von Straßen und Autobahnen setzt, findet auch ihren Niederschlag in dem Bundesverkehrswegeplan.

Die steigenden Verkehrsaufkommen, bedingt durch Güter-, Durchgangs- und Pendlerverkehre, stellen eine besondere Belastung für die im Verkehrsknoten Hamburg lebende Bevölkerung dar.

Lärm- und Emissionsschutz sowie die Verkehrsminderung spielen eine zentrale Rolle in der Verkehrsplanung.

Ein Umsteuern ist nötig und jetzt aufgrund möglicher Streichungen im Investitionsrahmenplan auch machbar. Für den Güter- und motorisierten Individualverkehr müssen die „3 V“ einer ökologischen Verkehrsplanung zugrunde gelegt werden: Verkehr vermeiden, verringern, verlagern.

Dies vorausgeschickt möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Die Verkehrsentwicklungsplanung für Hamburg berücksichtigt ökologische, Lärm- und Schadstoffemission vermeidende und ökonomische Aspekte gleichrangig.
2. Der Güter- und motorisierte Individualverkehr, der nicht vermieden oder verringert werden kann, wird so weit wie möglich auf die Schiene verlagert.
3. Beim Aus- beziehungsweise Neubau von Bahntrassen werden ökologische und ökonomische Aspekte gleichrangig berücksichtigt. Die Y-Trasse in der bisher vorliegenden Planung wird abgelehnt, eine Ertüchtigung beziehungsweise ein Ausbau vorhandener Trassen wird vorangetrieben.
4. Die Straßengroßprojekte auf Hamburger Gebiet, namentlich die A 26, die Hafenuferspanne und die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, werden in der vorhandenen Planung nicht weiterverfolgt, sondern ebenso wie andere Straßenplanungen mit ökologischen Zielsetzungen neu geplant.
5. Gemeinsam mit den Nachbarländern verfolgt Hamburg eine Verkehrspolitik, die Ökologie und Ökonomie gleichrangig berücksichtigt.